

MIYAKE Masaki, HATA Ikuhiko, FUJIMURA Masao, YOSHII Hiroshi (Hrsg.): *Shôwashi no gumbu to seiji* (Militär und Politik in der Shôwa-Geschichte). 5 Bände, Tôkyô, Dai-ichi Hôki Shuppan Kabushikigaishi 1983.

Dieses Gemeinschaftswerk, von dem die ersten vier Bände dem Zeitraum bis 1945 gewidmet sind, wird wegen der Fülle von verarbeitetem Quellenmaterial künftig kein Fachmann für die moderne Geschichte Japans ignorieren können. Leider sind nicht alle Beiträge aufeinander abgestimmt und widersprechen einander sogar gelegentlich. Die Absicht der Autoren besteht darin, die Macht der Streitkräfte, deren Rolle in der Politik und den Weg in die „Militärdiktatur“ zu klären. Ob diese Herrschaftsform wirklich erreicht wurde, wie die Autoren behaupten, scheint jedoch eher fraglich.

Zunächst verdient der im Gegensatz zur älteren Lehrmeinung stehende Nachweis Beachtung, neben der japanischen Armee habe sich auch die Marine starke Eingriffe in die Politik erlaubt und einen extremen Expansionskurs eingeschlagen (Beiträge von Itô Kôbun, Hata Ikuhiko, Shiozaki Hiroaki und das Symposium). Verdienstvoll sind auch die klärenden Untersuchungen, wonach weder Heer noch Marine monolithische Blöcke waren, sondern ständig von Fraktionskämpfen erschüttert wurden (besonders Sasaki Tadashi, Hata, Tsutsui Kiyotada, Iokibe Makoto, Usui Katsumi, Nakanishi Osamu, Matsuzaki Shôichi und das Symposium). Leider wird hier aber der übliche Eindruck erweckt, als habe die Kôdô-Fraktion der Armee nach dem Putschversuch vom Februar 1936 keine Rolle mehr gespielt. In Wirklichkeit fielen ihre Mitglieder zwar den Säuberungen innerhalb des Heeres zum Opfer, doch errangen sie in den folgenden Jahren in der Politik zunehmend wieder an Gewicht, jetzt als geradezu „konservatives“ Bollwerk gegen radikalere Militärs und Zivilisten. So bekleideten z. B. die Generale Obata Toshishirô, Yanagawa Heisuke und Araki Sadao wichtige Kabinettposten, und letzterer war zeitweise sogar der Wunschkandidat des Hofes und anderer konservativer Machtgruppen für das Amt des Premiers. General Mazaki Jinzaburô, der nach dem Februarputsch nur knapp einer Verurteilung wegen Hochverrats entgangen war, muß als eine der führenden Gestalten in der Opposition gegen das Kriegskabinett unter General Tôjô und als Kämpfer für einen vorzeitigen Friedensschluß während des Pazifischen Krieges angesehen werden (kurz behandelt nur in der Arbeit von Terunuma Yasutaka).

Die in dem Gesamtwerk vertretene vereinfachte Ansicht, an Stelle der Parteienherrschaft sei konsequent der Weg in die Militärdiktatur beschritten worden, ignoriert den – sich durchaus auf plausible Argumente stützenden – Trend in der japanischen wie der amerikanischen Geschichtsschreibung, das Kaiserreich in den Jahren bis 1945 zwar als autoritäres, aber doch pluralistisches Staatswesen zu betrachten. Nach letzterer Auffassung waren die – zugegebenermaßen sehr einflußreichen – Militärs für die Durchführung einer praktischen Politik auf die Zustimmung oder doch zumindest Duldung durch andere Eliten wie z. B. Außenministerium, Hof, Parlament, Industrie- und Finanzkreise, Bürokratie und Publizistik angewiesen. Nur vereinzelt klingt an, daß es auch in anderen Machtgruppen „reformistische“ Kräfte gab, die mit den radikalen Militärs gemeinsame Sache machten, so z. B. am Hof (Beitrag Nasuda Kei) und im Außenministerium (Tobe Ryôichi).

Unbestreitbar ist, daß die Armee 1931 den Mandschurischen Zwischenfall inszenierte, auf einen Austritt aus dem Völkerbund drängte und in der Folge ihren Einfluß im Staate erheblich stärkte, hauptsächlich auf Kosten der politischen Parteien (Beiträge Fujimura Masao, Uchiyama Masakuma). Hatte aber diese Politik, die eine stark integrierende Wirkung auf Japan ausübte, nicht Anhänger in fast allen Machtgruppen? Befürworteten nicht

auch die Parteien diesen Kurs, um die allgemeine Begeisterung für ihre eigenen Ziele zu nutzen? Wurde dieser Trend nicht noch stärker nach dem Ausbruch des China-Konfliktes 1937, als die meisten Parlamentarier einen kompromißlosen Sieg im „Heiligen Krieg“ forderten? Waren nicht die Angriffe einzelner Abgeordneter wie Saitô Takao gegen das Militär ganz seltene Ausnahmen? Befürworteten nicht sogar die meisten Sozialisten und ein großer Teil der Arbeiterbewegung den Aufbau eines totalitären Staates und eine starke Expansionspolitik?

In einem der besten Beiträge (Iokibe) werden Planungen und Intrigen innerhalb der Armee nach dem Putschversuch von 1936 analysiert, die zu einer völligen Machtübernahme führen sollten. Mit erfrischender Deutlichkeit werden dabei die unter der Führung von Ishiwara Kanji erfolgten Aktivitäten zum Sturz des Kabinetts Hirota und zur Bildung einer Regierung unter General Hayashi aufgezeigt. Auch hier aber wird leider wieder eine Einseitigkeit deutlich: Der Leser erfährt überhaupt nicht, daß Satô Naotake das immerhin sehr wichtige Amt des Außenministers übernahm, ein ausgesprochen pro-westlicher Karrierediplomat, unter dessen Führung die japanische Außenpolitik wieder von dem gerade erst gewonnenen Antikominternpartner Deutschland abrückte. Welche Machtkonstellation hatte eigentlich die Armee gezwungen, ihn ins Kabinett aufzunehmen? Ohnehin scheiterte der Versuch einer Machtübernahme kläglich: Hayashi mußte schon wenige Monate nach seinem Amtsantritt zurücktreten, nicht zuletzt wegen der feindseligen Haltung des Parlaments. Das gleiche Schicksal erlitt Anfang 1940 das Kabinett des Generals Abe. Was ist das eigentlich für eine „Militärherrschaft“, die sich nicht einmal gegen ein feindseliges Unterhaus zu behaupten vermochte?

Das zwiespältige Verhältnis des Militärs zu China, das im Zentrum der japanischen Außenpolitik stand und Hauptopfer der Expansion war, wird in zwei Beiträgen behandelt (Usui, Matsuzaki). Einflußreiche Offiziere des Generalstabs warnten nach Ausbruch des Krieges im Jahre 1937 vor einer kräfteverzehrenden Ausweitung des Waffengangs und drängten auf einen schnellen Friedensschluß unter deutscher Vermittlung. Usui legt lobenswerterweise nicht nur die Rolle des Kriegsministeriums und anderer Armeestellen bei der Ausweitung des Konfliktes und der Hintertreibung der Friedensversuche dar, sondern auch die der Marine und insbesondere des in der Forschung bisher allzu schonend beurteilten Marineministers Yonai. Das Verhalten von Außenminister Hirota Kôki, einem der schärfsten „Falken“ (und wohlgermerkt: einem Zivilisten), bei der Durchsetzung des Beschlusses, den Krieg bis zu einem kompromißlosen Siegfrieden fortzusetzen, bleibt dagegen leider ungeklärt.

Mit der Verstrickung Japans in China gewann auch das Verhältnis zu Deutschland und Italien als den einzigen freundlich gesinnten Mächten wieder an Bedeutung. Yoshii Hiroshi widerlegt die veraltete Ansicht, der bereits 1936 abgeschlossene Antikominternpakt sei allein auf Betreiben der Armee zustande gekommen und betont die aktive Rolle Aritas, der als Außenminister eine Verbindung mit Berlin zur offiziellen Politik erhoben hatte. Auch weist er nach, daß die Initiative zur Aufnahme von Bündnisverhandlungen nicht etwa von Deutschland ausgegangen war, sondern von dem japanischen Heer. Bei der Darstellung der Allianzverhandlungen 1938/39, in denen es der Armee in ihrem Kampf gegen Außenministerium und Marine nicht gelang, entsprechend den deutschen Wünschen den angestrebten Pakt nicht nur gegen die UdSSR sondern auch gegen England und Frankreich zu richten, hätten sich allerdings die Grenzen der Macht für das Heer deutlicher nachweisen lassen, als dies geschieht. Es nützten nämlich keinerlei Erpressungsversuche: Das Kabinett war eher zum Rücktritt entschlossen, als dem Druck der Armee nachzugeben. Der Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes beschleunigte die Demission schließlich,

sollte aber nicht als eigentliche Ursache für das Scheitern der Bündnisverhandlungen angesehen werden. Übrigens wird auch die Frage, warum die Armee in all diesen Jahren niemals die Ernennung ihres Lieblingskandidaten Shiratori Toshio zum Außenminister, ja nicht einmal zum Vizeminister, durchsetzen konnte, in keinem der Beiträge beantwortet.

Erst nach den deutschen Siegen im Westen 1940 wurde Berlin für Tōkyō als Bündnispartner interessanter, und es kam im September zum Abschluß des Dreimächtepaktes. Weder diese Allianz noch der China-Konflikt aber sind als direkter Grund für den Ausbruch des Pazifischen Krieges anzusehen. Die Situation spitzte sich erst entscheidend zu, als Japan nacheinander Französisch-Nord-Indochina und Süd-Indochina besetzte und sein Interesse überdeutlich auf Niederländisch-Indien richtete. Das amerikanische Embargo war die Folge, die anschließend noch geführten Verhandlungen scheiterten (dazu Sudō Shinji). Der fatale „Südstoß“, der in mehreren wertvollen Beiträgen eine Behandlung erfährt (Shiozaki, Sumida Raishirō, Nasuda, Ōta Kōki) war nicht nur ein Werk der Armee, sondern entsprach vielmehr der jahrzehntelangen Planung der Marine und wurde auch von anderen Machtgruppen wie dem Außenministerium und von Lordsiegelbewahrer Kido Kōichi als Vertreter des Hofes unterstützt. Man hätte sich aber eine eigene Abhandlung über die Abwendung des Heeres von seinem traditionellen Hauptgegner, der UdSSR, und den Ausgleich mit Moskau gewünscht, der 1941 in dem Abschluß eines Neutralitätsvertrages gipfelte und Japan den Rücken bei dem geplanten „Südstoß“ freihalten sollte.

Da Nomura nachweist, wie erstaunlich schwach die Machtbasis des Kriegspremiers General Tōjō Hideki war, fragt sich der Leser erneut, ob die Bezeichnung „Militärdiktatur“ für diese Herrschaftsform nicht gänzlich hätte vermieden werden müssen. Zwar war „der kleine Mann“ oft hilflos der Willkür von Geheimpolizei (Kempeï und Tokkō) und Militär ausgeliefert (eine Tatsache, die Abhandlungen mit Nachdruck auf dem „japanischen Pluralismus“ leicht übersehen), doch waren diese nahezu machtlos gegenüber den wahren Gegnern des Regimes. Die Opposition, bestehend hauptsächlich aus älteren Staatsmännern und inaktiven Offizieren, formierte sich – bereits ab 1942 – mehr oder weniger offen, und zwar unter dem Schutz des Hofes. Es ist daher nicht überzeugend, wenn einer der Autoren (Terunuma) behauptet, die Gegner Tōjōs seien durch psychischen Druck zum Schweigen gebracht worden. Terunuma selbst und Nomura bringen genügend Belege für deren recht effektive Aktivitäten hinter den Kulissen. In gewissem Gegensatz zu der nachgewiesenen Etablierung einer Friedenspartei unter dem Schutz des Kaisers steht der Beitrag von Handō Kazutoshi, der mit erstaunlich einleuchtenden Argumenten die Rechtfertigungsversuche der Hofbürokratie bloßstellt, indem er ein neues Bild des Tennō als eines energischen und wirksamen Oberkommandierenden der Streitkräfte zeichnet, der militärische Positionen immer bis zum letzten zu halten gesucht und erst im Juni 1945 Bereitschaft zu einem Friedensschluß gezeigt habe.

Eine Reihe von Abhandlungen in Bd. IV und V spannen den Bogen von der Kriegszur Nachkriegszeit. Miwa Kimitada legt dar, daß Japan nach seinem gescheiterten Versuch, als gleichberechtigtes Mitglied in die europäisch-amerikanische Weltordnung einzutreten, die „Rückkehr nach Asien“ antrat und ironischerweise trotz der militärischen Niederlage fast alle seine Ziele in der Nachkriegsperiode verwirklichen konnte: Es vernichtete den Mythos von der Überlegenheit der weißen Rasse und stieg zur wirtschaftlichen Hegemonialmacht in Ost- und Südostasien auf, obwohl die betroffenen Völker schockierende Erfahrungen mit dem japanischen Imperialismus gemacht hatten. Ōta Kōki, der eine gründliche Analyse über das Unterdrückungssystem des kaiserlichen Militärs liefert, hebt jedoch auch die für die Nachkriegsentwicklung positiven japanischen

Maßnahmen hervor: Die bewußte Steigerung von Selbstvertrauen und Identitätsbewußtsein unter den Kolonialvölkern sowie Ausbildungsprogramme, die für die Befreiung vom westlichen Imperialismus und beim Aufbau neuer Staaten hilfreich waren.

Kriegsende und Kriegsfolgen waren für Japan, das nicht bis zum letzten gekämpft hatte, ganz anders als für Deutschland. Das Ideal des Meiji-Systems, die energisch durchgeführte Vereinigung von Oberkommando und politischer Führung in der Hand des Tennō, war 1945 in dem entscheidenden Zeitpunkt ausnahmsweise einmal erreicht worden. Japan wahrte dadurch seine nationale Einheit und behielt auch eine eigene Regierung. Erleichtert wurde diese Entwicklung dadurch, daß Amerika praktisch der einzige Sieger war (Fujimura in Bd. IV, Miyake in Bd. V). Miyake weist aber nach, daß Deutschland aus seiner Lage an vorderster Front des Kalten Krieges im Vergleich zu Japan profitierte: Es erhielt entscheidende amerikanische Hilfe für den Wiederaufbau und die Genehmigung für den Aufbau einer Schwerindustrie. Die Entwicklung wurde in Japan erst durch den Korea-Krieg nachgeholt. Der Unterschied zwischen den beiden Verlierern besteht auch darin, daß sich die Japaner nicht mit der gleichen Bereitschaft in die amerikanisch-westliche Welt einfügten wie die Westdeutschen, da weite Bevölkerungskreise an die Existenz einer sowjetischen und kommunistischen Gefahr gar nicht glaubten. Insbesondere die von den USA erzwungene Wiederbewaffnung stieß auf viel schärferen und länger andauernden Widerstand als in der Bundesrepublik (dazu Miyake, Kondō Shinji, Ôtake Hideo). Für Miyakes Behauptung aber, Japan sei im Vergleich zu Deutschland in den Genuß einer schnelleren und gründlicheren Demokratisierung gekommen, hätte sich der Leser mehr Belege und eine gründliche Analyse gewünscht. Außerdem wird in keinem der Beiträge untersucht, wieweit die Reformen auf Planungen und Bestrebungen zurückgriffen – oder aber zumindest mit ihnen konform gingen –, die in der einen oder anderen Form schon vor 1945 in Japan bestanden hatten. Das gilt nicht nur für die Bodenreform, sondern auch für ein Parteien- und Gewerkschaftssystem nach westlichem Muster, die höchst effektive Wirtschaft und die antimilitaristische Grundlage des Staatswesens, die erst später von den USA selbst revidiert wurde. Wären die Reformen wirklich nur „oktroziert“ gewesen, hätte Japan sich wohl kaum zu einem der stabilsten Länder in der Welt entwickelt.

Gerhard Krebs, Tôkyô